

Niederschrift

über die 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 31. August 2007, 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

- Anwesenheit:**
- CDU: **Herr Köckert**, Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Frau Mereuta, Herr Meyer, Frau Müller, Herr Dr. Oefner, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg, Herr Suck
- DIE LINKE.: **Frau May**, Herr Bauer, Frau Duft, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Herr Voß (ab 16:30 Uhr), Frau Werner, Frau Wolf
- SPD: **Frau Winter**, Herr Gentzel (bis 17:10 Uhr), Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Frau Stein, Herr Tikwe, T.
- Bündnis 90/
Die Grünen: **Herr Schweßinger**, Frau Roshani
- BfE: **Herr Gottstein**, Frau Apel (bis 17:10 Uhr), Herr Rabe
- EA: **Herr Hofmann**, Frau Fischer (bis 18:00 Uhr)
- Fraktionslos: Herr Hardel (bis 17:50 Uhr)

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Referentin OB, Frau Sachse
Pressestelle, Herr Wuggazer
Gleichstellungsbeauftragte, Frau Quentel
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Abteilungsleiterin Kämmerei, Frau Seibicke
Amtsleiterin Stadtentwicklung, Frau Menge
kommissarische Amtsleiterin Tiefbauamt, Frau Kehr

- Gäste:**
- Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Herr Schorneck, sachkundiger Bürger
Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger
Presse
Bürger

Schriftführer: Frau Steffan
Frau Seelig

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, eröffnet die 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zur Sitzung sind 36 Stadtratsmitglieder anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Der **Vorsitzende, Herr Meyer**, teilt mit, dass der Oberbürgermeister die Tagesordnungspunkte 15 – Ergänzungssatzung „Stöhrstraße“ – Beschluss über die Einleitung des Verfahrens – und 17 – Betriebssatzung für den Regiebetrieb der Stadt Eisenach „Amt für Tiefbau und Grünflächen“, hier: Beratung und Beschlussfassung – von der Tagesordnung zurückzieht.

Da es keine weitere Änderung zur Tagesordnung gibt, gilt die geänderte Tagesordnung.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Sitzung sieben Einwohnerfragen zur Änderung der Betreuung im Kindergarten Ost IV – Kindertraum - von Frau Simone Schlecht, Frau Bianca Kappherr, Familie Kröger, Herrn Silko Ehmel, Frau Anja Peters, Frau Regina Suck und Frau Antje Peter-Biehl vorliegen. Diese wurden fristgemäß beantwortet. Die Aushändigung der Antwort erfolgte zu Beginn der Sitzung an die Fragesteller gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Des Weiteren weist der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, darauf hin, dass nach § 18 (5) der Geschäftsordnung zu den Fragen der Oberbürgermeister oder ein von ihm Beauftragter mündlich Stellung nimmt. Eine Aussprache sowie eine Beratung in der Sache finden nicht statt. Bis zu zwei Zusatzfragen durch die betreffenden Fragesteller und Stadtratsmitglieder sind zulässig.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, macht deutlich, dass die Beantwortung der Anfragen nach den Gesetzlichkeiten erfolgt ist. Darüber hinaus teilt er mit, dass die reguläre Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen in dieser Kindereinrichtung in der zweiten Septemberwoche durchgeführt wird, um sich auch vor Ort ein Bild zu machen und die Diskussion zu führen.

Der **Fragesteller, Herr Ehmel**, erklärt, dass er Mitglied des Elternbeirates ist und natürlich auch den Brief mit verfasst hat. Er bedankt sich für die fristgemäße Antwort. Herr Ehmel hofft, dass man noch die Möglichkeit hat, nach der Sitzung des Sozialausschusses im Kindergarten, über die Entscheidung zu reden. Deshalb bittet er den Oberbürgermeister, dass dieser die Entscheidung bis zu diesem Zeitpunkt aussetzt bzw. auf Eis legt. Herr Ehmel gibt dem Oberbürgermeister darin recht, dass die Entscheidung nach den Gesetzlichkeiten getroffen wurde. Die erste Frage lautet, ob

diese Entscheidung aufgespart werden kann. Herr Ehmel bedauert, dass nicht konkret auf die Fragen eingegangen wurde, sondern alle den selben Brief bekommen haben. Im Brief steht, dass in diesem Schlüssel bereits Urlaubs- und Krankheitstage berücksichtigt worden sind. Herr Ehmel macht deutlich, wie sich dies in dieser kleinen Einrichtung darstellt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass die Personalhoheit ausschließlich beim ihm liegt. Die Umsetzung ist bereits vollzogen, weil die Arbeitsfähigkeit auch in den anderen Einrichtungen abgesichert werden muss. Des Weiteren lehnt es der Oberbürgermeister ab, dass in einer öffentlichen Sitzung über Namen von Mitarbeitern und Personen geredet wird. In diesem Zusammenhang verweist der Oberbürgermeister darauf, dass es sich um ein Thüringer Landesgesetz handelt, welches anzuwenden ist. Im Gesetz sind die gesetzlich vorgegebenen Personalschlüssel geregelt, die sich leider nicht so allgemein hochrechnen lassen, wie dies Herr Ehmel getan hat. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, weist darauf hin, dass dieser Schlüssel angewendet werden muss.

Herr Ehmel widerspricht dem Oberbürgermeister und erklärt, dass der Schlüssel nicht angewendet werden muss, weil es sich um eine Mindestanforderung laut Gesetz handelt. Er macht deutlich, dass die Stadt Eisenach jederzeit auf Grund gegebener Anforderungen, z. B. der Örtlichkeiten, usw. anders entscheiden kann. Dies ist das Recht der Stadt. Herr Ehmel verweist auf die Ausführungen im Brief, wonach es eine Gleichberechtigung in den 18 Kindertagesstätten der Stadt geben muss. Persönlich sieht es Herr Ehmel so, dass jeder Träger eine Gleichberechtigung in seiner Einrichtung herstellen muss. Herr Ehmel fragt, ob die Stadt Eisenach auch die anderen Einrichtungen finanziert.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, bestätigt dies.

Herr Ehmel fragt, wie viele Kindertagesstätten es in Eisenach gibt, wo solche Gruppengrößen zur Tagesordnung gehören.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, macht deutlich, dass sie die Zahlen gerne im Ausschuss analysieren würde (Anzahl der Kinder, Anzahl des notwendigen Betreuungspersonales, wie sind die Regelungen mit Urlaub oder Krankheit). In diesem Zusammenhang versichert die Bürgermeisterin, Frau Lieske, dass die Kinder, wenn sie denn in den Gruppen da sind, immer ein entsprechendes Betreuungspersonal haben werden. Bei längerer Krankheit einer Erzieherin wird es eine entsprechende Übergangsregelung geben. Nach Aussage von Frau Lieske wird es nie so sein, dass die Kinder nur mit einer halben Erzieherin betreut werden oder beide Gruppen zusammengeführt werden, weil kein Personal da ist. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, kann die Bedenken verstehen. Des Weiteren macht sie deutlich, dass mit dem Inkrafttreten des Gesetzes festgestellt werden kann, dass die kleinen Einrichtungen die Schwierigsten sind. Sie macht deutlich, dass es der Stadt Eisenach von der Personalstruktur am liebsten wäre, wenn sie flexiblere Einheiten hätte. Sie verweist auf 20 Stundenkräfte, die dann flexibler eingesetzt werden können. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, informiert, dass derzeit für die Einrichtung 38 Kinder angemeldet sind und noch eine 20 Stunden Kraft benötigt würde, aber keine 40 Stunden, die umgesetzt wurden. Frau Lieske stellt richtig, dass die Mitarbeiterin nicht entlassen wurde, sondern der Bedarf in einer anderen Einrichtung bestand und deshalb die Mitarbeiterin umgesetzt wurde. Diese Situation ist nach Aussage der Bürgermeisterin nicht neu, da auch in der Vergangenheit schon

Umsetzungen durchgeführt wurden. Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass das Kindertagesstättengesetz der Stadt Eisenach eine Unmenge Geld gekostet hat. Es wurden kaum Abstriche gemacht in der Sachkostenfinanzierung und in der personellen Finanzierung. Für Frau Lieske ist es verständlich, wenn man sagt, man braucht zusätzlich einen Springer, damit die Kinder betreut werden. Es muss festgestellt werden, dass die freien Träger genau in der selben Zwangslage sind. Die Stadt finanziert die Personalkosten und die Sachkosten mit Unterstützung des Landes, nur die Verantwortung liegt bei den freien Trägern. Die Bürgermeisterin macht deutlich, dass von der Gleichbehandlung her jede Einrichtung kommen kann und sagen kann, ich will zusätzliches Personal. Wenn dies hochgerechnet wird, liegt die Stadt Eisenach bei einer ½ Mio. €. Zum Abschluss ihrer Ausführungen bittet die Bürgermeisterin um eine sachliche Diskussion im Ausschuss.

Herr Ehmel macht deutlich, dass es dem Elternbeirat und auch den Eltern schon um die Stelle geht, auch wenn der Oberbürgermeister gesagt hat, er möchte nicht über Personen diskutieren. Nach Aussage von Herrn Ehmel geht es aber schon um die Person, die sich im Kindergarten auskennt und die Gepflogenheiten kennt. In erster Linie geht es aber um die Stelle, weil die Eltern befürchten, dass die Aufsichtspflicht nicht mehr zu 100 % gewährleistet werden kann und zusätzliche Angebote nicht mehr durchgeführt werden können. Herr Ehmel stellt fest, dass man mit mehr Personal natürlich auch besser jonglieren kann.

Die **Bürgermeister, Frau Lieske**, macht deutlich, dass nach Alternativen gesucht wird, um die Probleme zu lösen.

Herr Ehmel weist auf Probleme mit den Aushilfskräften hin.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, macht deutlich, dass dieses Problem alle Einrichtungen und Träger haben. Des Weiteren weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass alle Kindergärtnerinnen einen Vertrag mit der Stadt Eisenach haben und nicht mit der Einrichtung. Nach Aussage des Oberbürgermeisters hat er nicht nur die Aufgabe, das Kindertagesstättengesetz umzusetzen, sondern hat auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dahingehend, dass jede/r so angemessen beschäftigt wird, wie sein Arbeitsvertrag es vorsieht. Er macht deutlich, dass er nicht willkürlich einer Erzieherin Stunden wegnehmen kann, um eine andere Erzieherin in der Einrichtung zu behalten. Es mag auch so sein, dass die Lösung nicht besonders glücklich ist, aber das Thüringer Kindertagesstättengesetz hat eine große Lücke und die ist, dass alle Kindertageseinrichtungen unter 100 Plätzen gefährdet sind.

Herr Ehmel stimmt dem Oberbürgermeister zu und erklärt, dass sich das Problem noch verschärft, weil alle Kindergärten dieses Problem haben. Daraus stellt sich natürlich die Frage, wo nimmt man diese Springer im Krankheitsfall her.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, macht deutlich, dass es nie zu Lasten der Betreuung der Kinder gehen kann. Die Betreuung wird immer gewährleistet sein.

Herr Ehmel fragt, wie viele Kindertageseinrichtungen mit ebenso kleinen Gruppen kämpfen müssen.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, sagt eine Beantwortung zur Ausschusssitzung zu.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, bestätigt, dass die Personalhoheit beim Oberbürgermeister liegt. Die finanzielle Verantwortung der Stadt Eisenach schließt für Herrn Schenke auch die Verantwortung für die Kinder mit ein. Des Weiteren fragt Herr Schenke, ob bei einer sich bereits jetzt schon abzeichnenden Erhöhung der Kinderzahlen in diesem Kindergarten eine dritte Gruppe installiert wird. Für ihn macht nur dies Sinn. Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, fragt, ob die Sitzung am 17. September öffentlich tagen kann.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass die Ausschusssitzung nichtöffentlich ist, weil es sich um einen vorbereitenden Ausschuss handelt. Natürlich können aber die Eltern an der Ausschusssitzung teilnehmen.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, teilt mit, dass man sich schon darüber im klaren war, dass zu dieser nichtöffentlichen Ausschusssitzung die Elternvertreter eingeladen werden, um die Probleme zu diskutieren und zu klären. Es geht darum, dass die betroffenen Eltern gehört werden und sie ihre Bedenken und Probleme äußern können.

Herr Kröger stellt fest, dass er nicht im Elternbeirat ist, aber davon ausgeht, dass auch er zu dieser Ausschusssitzung geladen ist. Des Weiteren erklärt Herr Kröger, dass sein Sohn auch in diesem Kindergarten ist und er alles andere als glücklich über die sich abzeichnende Betreuung ist. Er vertritt die Auffassung, dass sich 20 Kinder in einer Gruppe nicht betreuen lassen. Er verzichtet auf seine Fragen heute, weil er davon ausgeht, dass man zur Ausschusssitzung diskutieren kann. Eine Frage sollte aber beantwortet werden. Welche finanziellen Alternativen zum Streichen dieser Stelle zur Sanierung des Haushaltes der Stadt Eisenach vom Oberbürgermeister untersucht wurden?

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, weist darauf hin, dass, wenn zusätzliche Stellen geschaffen werden, zu der Größenordnung, die bereits im Haushaltsplan angegeben ist, noch 1,5 Mio. € dazukommen. Durch das Thüringer Kindertagesstättengesetz hat die Stadt Eisenach einen Kostenaufwand von fast 1,5 Mio. € mehr.

Herr Kröger fragt, ob das im Verhältnis zum Gesamthaushalt der Stadt Eisenach, der sich bei 50 Mio. € bewegt, steht. Es wird also über 3 % der Kosten geredet. Herr Kröger fragt sich, ob das die Kinder nicht wert sind.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, stellt fest, dass das der falsche Zungenschlag ist. Des Weiteren stellt sie fest, dass der Stadt Eisenach die Kinder viel mehr wert sind. Dies ist aus ihrer Sicht auch nicht die Frage. Die Frage ist, was ist in einer Kommune möglich und was garantiert der Stadt Eisenach eine ordentliche Versorgung der Kinder. Alle diese Fragen möchte die Bürgermeisterin, Frau Lieske, aber im kleineren Kreis diskutieren.

Herr Kröger weist darauf hin, dass seine Frage nach den Alternativen trotzdem nicht beantwortet wurde. Es geht um einen Betrag X den es mehr kosten würde, die Betreuung zu verbessern. Dass die Stadt, wenn sie Geld an dieser Stelle ausgibt, es an einer anderen Stelle einsparen muss, ist selbsterklärend.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, fragt, wie sich Herr Kröger Alternativen vorstellt. Es gibt doch im Prinzip nur die Möglichkeit, zu sagen, die Stadt Eisenach stellt Personal ein und trägt die Kosten dafür. Des Weiteren weist die Bürgermeisterin, Frau Lieske, darauf

hin, dass die Hochrechnung in der Beantwortung mit aufgeführt wird und die Stadt bei einer ½ Mio. € Mehrkosten liegen würde. Sie stellt fest, dass die Mehrkosten einfach so nicht zu tragen sind. Nach Aussage von Frau Lieske, muss man genau schauen, wie man die optimale Betreuung der Kinder garantieren und trotzdem in den Kosten realistisch bleiben kann.

Herr Kröger stellt fest, dass man nicht sagen kann, man kann dies nicht tragen. Es wären u. a. Umschichtungen im Haushalt notwendig. Er fragt nochmals, ob man diese Möglichkeit untersucht hat.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, weist darauf hin, dass das Haushaltsrecht ausschließlich dem Stadtrat zusteht. Der Stadtrat beschließt ein Mal im Jahr einen Haushalt und innerhalb der veranschlagten Personalkosten muss sich die Verwaltung bewegen sowie im Rahmen der Gesetzlichkeiten. Darüber hinaus steht es der Verwaltung nicht zu, den Personalkostenschlüssel und die damit verbundenen Personalkosten bei gesetzlich nicht nachgewiesenem Bedarf zu verändern. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass zur selben Zeit in einer anderen städtischen Kindereinrichtung ein dringender Bedarf bestand, weil dort eine Unterdeckung an Personal war. Die Umsetzung zu dieser Zeit war gegeben, weil noch nicht einmal die Mindeststandards dort eingehalten wurden.

Herr Kröger stellt fest, dass es natürlich auch nicht so sein soll, dass die Eltern der Kindereinrichtung Ost IV gegenüber den anderen Eltern bevorzugt werden wollen. Des Weiteren stellt Herr Kröger dar, dass es Ziel war zu klären, ob man Handlungsspiel hat.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, denkt, dass sich das Problem an dieser Stelle nicht endgültig lösen lässt. Des Weiteren stellt er fest, dass die Kosten nur über Personalkosten gedeckt und dafür nicht Investitionen gestrichen werden können. Zum Abschluss stellt er fest, dass eine entsprechende Einladung zur Ausschusssitzung versendet wird.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, weist darauf hin, dass Folgendes in schriftlicher Form vorliegt:

- Beschlussrealisierung
- Mitteilung des Deutschen Städtetages 4/07
- Mitteilung des Deutschen Städtetages 5/07
- Berichtsvorlage – Arbeitsgruppe „Tor zur Stadt“
hier: Arbeitsbericht und Handlungsempfehlung
- Berichtsvorlage – 3. Grundschule „Georgenschule“, Markt 13 – Fassadensanierung Nord- und Westseite
hier: Begründung der Dringlichkeit zur Beschlussfassung über eine überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 21100.94003 Sanierungsmaßnahme, Georgenschule, Markt 13 in Höhe von 90.500 €
- Berichtsvorlage - Ausländer in Eisenach – rechtliche Regelungen und statistische Angaben
- Schreiben der Eltern des Kindergartens „Kindertraum“ vom 17.08.2007

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, informiert über den Stand der Haushaltssituation und den Stand der Erarbeitung des Haushaltsplanes 2008. Des Weiteren informiert der Oberbürgermeister zum Haushaltssicherungskonzept. Zur nächsten Stadtratssitzung sagt der Oberbürgermeister entsprechende Berichtsvorlagen zu.

Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 34. Sitzung am 08. Mai 2007 – öffentliche Sitzung

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 34. Sitzung des Stadtrates am 08. Mai 2007 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 5 Stimmenthaltungen**

Damit ist die Niederschrift über die öffentliche Sitzung bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0528/2007

Nr. 5 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 35. Sitzung am 25. Mai 2007 – öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 35. Sitzung des Stadtrates am 25. Mai 2007 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 5 Stimmenthaltungen**

Damit ist die Niederschrift über den öffentlichen Teil bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0529/2007

Nr. 6 der TO: Feststellung der Jahresrechnung 2005 und Erteilung der Entlastung

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Aufgrund des § 80 Abs. 3 der ThürKO wird die Jahresrechnung der Stadt Eisenach für das Haushaltsjahr 2005 mit den lt. Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes erfolgten Prüfungsfeststellungen festgestellt.

Gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO wird die Entlastung für das Haushaltsjahr 2005 beschlossen.

**Abstimmung: 33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0530/2007

**Nr. 7 der TO: Ermächtigung des Oberbürgermeisters zum Abschluss
derivater Finanzgeschäfte**

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Fraktion, Herr Hofmann**, hält folgenden Redebeitrag:

„In einer Situation, wo wir die fast Pleite der Sachsen LB erlebt haben, mutet so ein Antrag schon etwas bizarr an. Es mag ja sehr modern sein, heute von Portfolio zu sprechen und den Begriff Zinsderivate beiläufig zu erwähnen. Dies ist sicherlich in bestimmten Kreisen üblich, aber ich frage mich, ob wir uns dem unbedingt anschließen sollen. Zumindest möchte ich dazu beitragen, dass diejenigen, die hier darüber zu entscheiden haben, auch die Risiken kennen, wenn über solche Finanzgeschäfte gesprochen wird. Es gibt ja schon sehr lange, soviel ich weiß, seit dem 17. Jahrhundert Warentermingeschäfte, es gibt auch schon relativ lang Finanztermingeschäfte, Zinsderivate, Währungsspekulationen und alle möglichen Dinge. Richtigen Aufschwung genommen haben diese Geschäfte vor allem in den 90iger Jahren, da hat sich der Handel mit Derivaten auf der Welt jedes zweite Jahr verdoppelt. Das hat auch nach der Krise Anfang des Jahrtausends dann einen erneuten Aufschwung genommen. Heute werden wir allein auf Gebieten, diese begrenzten Gebiete der Swarp, die ja nicht an der Börse gehandelt werden, sondern nur von Banken, diese haben heute schon einen Umfang von mehr als dem doppelten des gesamten Bruttoinlandsproduktes der USA. Also, hier sprechen wir nicht von irgendwelchen kleinen Verschiebungen, nicht nur von unseren kleinen 9 Mio. €, die da in das Geschäft mit eingebracht werden sollen, sondern von einem gigantischen Markt, von dem die Fachleute auf der Welt sagen, es ist einer der wildesten, einer der spekulativsten, einer der riskantesten Märkte, die es überhaupt gibt. Eine erste Gebietskörperschaft, die sich an diesem Handel beteiligt hat, war der kalifornische Bezirk Orange County und dieser ist 1994 daraufhin in Konkurs gegangen. Daraufhin hat man sicherlich einige Lehren gezogen, die solche hoch riskanten Dinge eindämmen sollen. Dies ist sicher auch mit einigem Erfolg gewesen, aber seit dem die deutschen Kommunen in diesen Handel mit eingestiegen sind, haben auch die Gerichte damit erheblich zu tun. So befindet sich z. B. die Stadt Würzburg oder genaugenommen die Stadtwerke Würzburg im Rechtsstreit mit der Deutschen Bank. Nachdem sie von der Deutschen Bank sogenannte Zinsderivate erworben hat und sich auf die Beratung dieser ja nicht kleinen Bank verlassen hat, muss sie jetzt Verluste von 4 Mio. € beklagen und versucht wenigstens 2,6 Mio. € davon auf dem gerichtlichen Weg von der Deutschen Bank zurückzubekommen. Was ist das Riskante? Man kann ja nur überdurchschnittliche Zinsen und Gewinne erwarten, wenn man überdurchschnittliches Risiko eingeht. Dies ist die normale Logik. Bei normalen Geschäften, wenn ich normal einen Kredit annehme, habe ich ein normales Risiko. Mit diesen Derivaten hat man sozusagen eine Hebelwirkung, dass heißt, die Möglichkeiten Positiv-, aber genauso gut Negativ-Gewinne oder -Verluste dabei zu machen, sind um ein Vielfaches höher. Dies ist einfach der Trick bei der Sache und der Anreiz ist eben, dass jeder erwartet, dass er derjenige ist, der um ein vielfaches Gewinne macht und um ein vielfaches besser da steht als vorher. Ich sage nur, der gesunde Menschenverstand sagt mir, dass es im großen Durchschnitt zeitlich und räumlich gesehen keine Gewinner geben kann, weil hier keine Werte geschaffen

werden. Hier ist ja keine Warenproduktion im Gange, sondern es wird nur gehandelt mit Erwartungen von anderen Finanzgeschäften, die so oder so zu diesem Zeitpunkt ausgehen. Man kann jetzt sagen, wir nehmen uns natürlich einen guten Berater. Alle Banken, die in diesem Geschäft sind, sagen natürlich das Risiko ist kalkulierbar, wenn man uns als Berater nimmt. Ich sage, im Schnitt wird es nicht anders ausgehen. Die einzigen wirklich sicheren Gewinner werden die Berater und die Banken sein, die kriegen ihr Geld auf jeden Fall. Alle Anderen können Glück haben, können Pech haben, es kann ausgehen wie bei der Stadt Würzburg. Es kann auch eine Zeit lang besser ausgehen. Jedenfalls seit die Stadt Würzburg im Rechtsstreit mit der Deutschen Bank liegt, hört man von etlichen Gemeinden, die sich jetzt melden und Verluste durch Zinsderivatgeschäfte beklagen und gespannt warten, ob die Stadt Würzburg hier die Chance hat, wenigstens einen Teil ihres Risikos wieder reinzuholen. Die Stadtverwaltung sagt uns nun, dass man einen externen Berater dafür braucht, der natürlich bezahlt werden muss. Mit der Begründung, dass es nur so möglich ist, die notwendige Fachkenntnis aufzubringen. Da sagen jetzt die Fachleute, dass es gerade bei der Stadt Würzburg und ähnlichen Fällen das Problem war, dass man sich auf externe Berater vollständig verlassen musste, weil man den internen Sachverstand nicht ausreichend hatte. Und davor möchte ich jetzt warnen, dass man eben mit der Begründung, der Sachverstand der Stadtverwaltung, die meines Erachtens durchaus sachverständig ist und mit den Gemeindefinanzen bisher gut umgegangen ist, auf dem Gebiet dieser hoch spekulativen Geschäfte nicht ausreichend Sachverstand hat. Da möchte ich dann davor warnen, sich einfach auf eine Bank zu verlassen, welche auch immer das ist, ob sie jetzt die billigste Beratung anbietet oder die Teuerste, dies sei dahingestellt. Mir wäre da nicht wohl dabei, die Gemeindefinanzen, die immerhin die Steuern unserer Bürger sind, in die Hände von einer Bank zu legen, die in ersten Linie natürlich das Interesse hat, selbst Gewinne zu machen. Damit ist aus meiner Sicht erläutert, dass wir uns hier sehr vorsehen müssen. Dass jeder, der hier die Hand heben will, um diesen Geschäften zuzustimmen, auch wissen muss, dass er für das Risiko hinterher gerade stehen muss.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Fraktion, Herr Gottstein, erklärt, dass er sicherlich nicht der Finanzfachmann ist. Des Weiteren verweist Herr Gottstein auf die Beantwortung der einen oder anderen Frage im Haupt- und Finanzausschuss auch hinsichtlich des Risikos. Dort wurde ausführlich gesprochen. Aus Sicht von Herrn Gottstein kann es sich um einen guten Weg handeln, wie er jetzt vorgeschlagen worden ist. Herr Gottstein stellt weiter fest, dass es sich um eine ziemlich komplexe Thematik für jemanden handelt, der nicht jeden Tag mit diesen Dingen zu tun hat. Er räumt ein, dass er sich schon Gedanken gemacht hat, selbst nach der Beantwortung der Fragen im Haupt- und Finanzausschuss. Herr Gottstein fragt sich, warum diese Idee nicht bereits im letzten Jahr verwirklicht wurde, wo das Zinsniveau um ca. 1 % niedriger war. Er stellt fest, dass man dann definitiv schon hätte sparen können. Das direkte Geschäft der Verwaltung bzw. der Finanzverwaltung ist nach Meinung von Herrn Gottstein, dass nach allen Mitteln und Wegen gesucht wird, um Kosten zu minimieren. Herr Gottstein weiß, dass man da auf einem guten Weg ist. Des Weiteren erklärt Herr Gottstein, dass er externen Sachverstand akzeptiert, weil dies so einfach nicht funktioniert, weil zwischen Kameralistik und Bankenmanagement schon Unterschiede bestehen. Herr Gottstein vertritt die Auffassung, dass, wenn drei bis fünf Kredite sauber aus dem Portfolio aufgelöst werden, dies dann mit den entsprechenden Wegen (Swarp, Forward Swarp) geschehen muss. Dies sollte detailliert im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und ein entsprechender Weg aufgezeigt werden. Herr Gottstein geht davon aus, dass die Beschlussvorlage mit dem nötigen Fingerspitzengefühl und dem nötigen

Verantwortungsbewußtsein umgesetzt wird. Die BfE-Stadtratsfraktion wird dieser Beschlussvorlage zustimmen.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass er leider nicht die Debatte im Haupt- und Finanzausschuss verfolgen konnte. Für Herrn Köckert wäre es hilfreich gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, dass Herr Hofmann mal den Fall konkret hätte darstellen können. Er fragt, worin dort der Fehler lag, war es ein Versagen der Beratung, war es eine Übermotivation eines städtischen Mitarbeiters. Des Weiteren stellt Herr Köckert fest, dass man aus Fehlern anderer ja lernen kann. Herr Köckert macht deutlich, dass er weit davon entfernt ist, wegen der Stadt Würzburg alleine die Dinge hier zu verteufeln. Er erklärt, dass es hilfreich wäre, wenn das in der Begründung zitierte Schreiben der Kommunalaufsicht aus dem vorigen Jahr den Fraktionen zur Verfügung gestellt würde. In diesem Schreiben gibt die Kommunalaufsicht die Eckwerte vor innerhalb dessen sich die Kommunen bei diesen entsprechenden Instrumenten bedienen können. Er macht deutlich, dass im Schreiben aus wohlüberlegten Gedanken heraus Vorgaben gemacht worden, die gerade mögliche Risiken und Gefahren, die es durchaus geben kann, weiter minimieren sollen. Herr Köckert, stellt fest, dass die Kommunalaufsicht allerdings dieses Problem nicht so groß eingeschätzt zu haben scheint, denn sonst hätte sie eine grundsätzliche Genehmigungspflicht dieser Dinge vorausgesetzt. Dies hat die Kommunalaufsicht aber nicht, denn sie will die Verträge vorgelegt bekommen, aber sie hat keine genehmigungspflichtigen Geschäfte daraus gemacht, stellt Herr Köckert fest. Nach Meinung von Herrn Köckert geht es weniger darum risikofreudig irgendwelche Gewinne zu produzieren, sondern es geht darum, längerfristig Risiken zu vermeiden durch plötzliche Zinssteigerungen bei dem Auslaufen von Krediten oder anderen. Dies bedeutet für Herrn Köckert gegebenenfalls Verluste, die entstehen können bei Zinsschwankungen und dass dies durchaus mal kurzfristig ins Haus stehen kann, dies erleben unruhig gewordene Finanzmärkte immer mal. Für Herrn Köckert ist dies ein positiver Gedanke, der in das Handeln der städtischen Finanzen gegebenenfalls mehr Sicherheit und weniger Risiko hineinbringt. Zum Abschluss bittet Herr Köckert, dass der Oberbürgermeister das Schreiben der Kommunalaufsicht zur Verfügung stellt und die Beschlussvorlage hinsichtlich der 25 % nochmals begründet. Hier fragt er, ob dies eine Vorgabe aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht oder das Bauchgefühl des auf Sicherheit gehenden Kämmerers ist. Für Herrn Köckert muss es einen Grund geben dafür, dass man auf diese 25 % kommt. Des Weiteren stellt er fest, dass die Summe, um die es letztendlich geht, 8 – 9 Mio. €, nicht die Welt ist.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, begründet die Beschlussvorlage und macht deutlich, dass in fast jeder Sitzung über die finanzielle Lage der Stadt Eisenach gesprochen wird. Des Weiteren stellt er fest, dass die Stadt Eisenach 23 Kredite bei den unterschiedlichsten Kreditinstituten mit einem Gesamtvolumen von ca. 36 Mio. € hat. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, macht deutlich, dass dies ein erheblicher Kostenpunkt ist und im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ein aktives Zinsmanagement betrieben werden soll. Nach Aussage des Oberbürgermeisters ist der einzige Grund, warum man dieses Problem angeht, dass die Kosten im Interesse der gesamten Konsolidierung minimiert werden. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es die Anregung der Aufsichtsbehörde und ein Schreiben des Innenministerium gab zum Prozedere. Es wird zugesagt vom Oberbürgermeister, dass die Fraktionen dieses Schreiben erhalten. Er macht deutlich, dass die Stadt Eisenach es nicht selber machen kann, weil sie kein Personal dafür hat. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, merkt an, dass man bei dieser komplizierten Materie und dem umfangreichen Wissen bei dieser Anzahl der Kredite fast eine Arbeitskraft haben müsste, die den Markt beobachtet und die Vergleiche anstellt,

Zeitpunkt, bis zu einer bestimmten Höhe verfügbar sind und das Recht diese Kredite dann zu diesem Zeitpunkt einzugehen oder zu begrenzen. Dies kauft man und für diesen Umsatz zahlt man dann dem Berater ein bestimmtes Honorar, so Herr Hofmann. Herr Hofmann erklärt, dass dies etwas andere Geschäfte sind. Logisch ist für Herrn Hofmann, dass es darum geht, Risiken zu vermeiden. Herr Hofmann sagt auch nicht, dass es unmöglich ist, Risiken zu vermeiden. Nach Meinung von Herrn Hofmann kann dieser gesamte Handel mit Derivaten nicht unter dem Motto „Risiken vermeiden“ betrieben werden, weil ein solcher Handel nur mit Risiko betrieben werden kann. Der ganze Gegenstand dieses Handels, um positive Ergebnisse zu erzielen, besteht nach Aussage von Herrn Hofmann darin, Risiken einzugehen. Herr Hofmann stellt fest, dass niemand bei solchen Geschäften eine absolute Sicherheit garantieren wird, dies dürfte auch jeder Fachmann bestätigen. Herr Hofmann weist darauf hin, dass je besser man damit fahren will und je mehr man dabei Erlösen will, desto höher wird das Risiko sein. Die Frage, die man sich dann stellen muss, so Herr Hofmann, wer wird dieses Risiko tragen. Herr Hofmann weist darauf hin, dass, wenn es gut geht, sicherlich der Oberbürgermeister gelobt wird und der Stadtrat, der es beschlossen hat, wird zufrieden sein. Herr Hofmann fragt, was aber ist, wenn es schlecht geht. Des Weiteren macht Herr Hofmann deutlich, dass es in Würzburg so war, dass die Deutsche Bank der Stadt bzw. den Stadtwerken Produkte angeboten hat, die sich hinterher, auch nach Meinung des Gerichtes in der ersten Anhörung, als ungeeignet für diese Kommune herausgestellt haben. Es hat sich herausgestellt, dass es hoch riskante Spekulationen waren, über die man vorher nicht ausreichend informiert hat. Nach Informationen von Herrn Hofmann kam dann plötzlich ein nicht erwarteter Zinsanstieg, der dazu geführt hat, dass alle diese gekauften Erwartungen auf niedrige Zinsen nichtig wurden und 4 Mio. € verloren wurden. Eine weitere Frage von Herrn Hofmann ist, wenn man selbst nicht das Fachwissen besitzt, zu kontrollieren, was an Fachwissen angeboten wird, dann muss man sich darauf verlassen und dann kann niemand die Sicherheit geben, dass der Stadt Eisenach nicht dasselbe geschieht, wie der Stadt Würzburg. Solange diese Frage, wer das Risiko trägt, nicht beantwortet wird, so Herr Hofmann, wird er auf keinen Fall zustimmen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, empfiehlt Herrn Hofmann mal den Kredit in Höhe von 6,24 % anzusehen und fragt, ob es nicht auch ein Risiko ist, dass die Stadt Eisenach eine Festschreibung mit so hohen Krediten hat und die Kredite so weiter laufen. Des Weiteren macht der Oberbürgermeister, Herr Doht, deutlich, dass die Stadt Eisenach im Moment gerade in dem Risiko drin ist, dass sie mehr Zinsen zahlen muss, wie am Markt üblich. Der Oberbürgermeister plädiert also für diesen vorgeschlagenen Weg.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, fragt, ob es bereits derivatäre Produkte bei der Stadt gibt. Des Weiteren glaubt Herr Bauer nicht, dass jemand was dagegen hat, wenn ein Kredit durch einen anderen Kredit ersetzt wird und dafür eine Gebühr zu zahlen ist. Offen für Herrn Bauer ist der Status eines externen Beraters. Für Herrn Bauer sind es normale Vorgänge, wenn Zinssätze von 6,24 % durch Zinssätze in Höhe von 3,9 % oder 4,2 % ersetzt werden. Er stellt sich die Frage, ob man dazu ein derivatäres Produkt benötigt, er glaubt dies nicht. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Haushaltsermächtigung des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung nicht durch bisherige Beschlüsse gebremst wird, hochzinsliche Produkte durch niedrigzinsliche Produkte umzuwandeln.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass es ein Produkt aus dem Jahr 2000 gibt, wo ein sogenannter Doppel-Swap-Kredit abgeschlossen wurde. Dies war damals

nach Aussage des Oberbürgermeisters ein Probefall, weil man sehen wollte, wie es sich auswirkt. Positiv greift der Oberbürgermeister auf, was Frau May gesagt hat und stellt fest, dass es nicht nur in der Städtischen Wohnungsgesellschaft, sondern auch in anderen städtischen Gesellschaften eine legitime Art ist, die Finanzierung der Gesellschaften zu verbessern. Diese Form der Finanzierungsinstrumente wird schon seit Jahren mit Erfolg dort praktiziert und hat schon zu erheblichen Finanzeinsparungen geführt. Des Weiteren weist Herr Doht darauf hin, dass, wenn es so einfach wäre einen hochzinslichen Kredit von heute auf morgen in einen niedrigzinslichen Kredit umzuwandeln, man dies alles nicht bräuchte. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass, wenn man einen Vertrag macht, diesen auch einhalten muss. Der Zinsbindungsvertrag muss eingehalten werden und wenn man vorher raus will, so der Oberbürgermeister, muss eine Vorfälligkeitsentschädigung gezahlt werden, nämlich in Höhe der bisherigen Zinsen. Auch aus diesem Grund sind nach Aussage des Oberbürgermeisters diese Finanzinstrumente entwickelt worden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1.) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, zur Optimierung der Konditionen sowie zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken bestehender Verträge mit Banken den Einsatz von geeigneten derivaten Finanzierungsinstrumenten abzuschließen. Diese Geschäfte dürfen maximal 25 % des Kreditvolumens der Stadt Eisenach betreffen. Als Instrumente können eingesetzt werden:

- 1. Swap**
- 2. Forward-Swap**
- 3. Cap**
- 4. Floor**
- 5. Collar**
- 6. Forward Darlehen.**

2.) Für die Optimierung des Zinsmanagements wird eine externe Beratung beauftragt.

namentliche Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltung
Adam, Dieter	X		
Apel, Heike	-	-	-
Bauer, Thomas		X	
Doht, Matthias	X		
Duft, Lydia			X
Fischer, Ursula		X	
Gentzel, Heiko	-	-	-
Gottstein, Peter	X		
Hardel, Jens		X	
Hofmann, Friedrich Christoph		X	
Klopfleisch, Sebastian			X
Köckert, Christian	X		
Leutheuser, Heinke			X
Levknecht, Thomas	X		

	Ja	Nein	Enthaltung
Lindig, Manfred	X		
May, Karin		X	
Mereuta, Roxana-Maria		X	
Meyer, Bernd	X		
Müller, Regina	X		
Dr. Oefner, Klaus			X
Pechstädt, Frank		X	
Rabe, Horst	X		
Roshani, Denise			X
Ruhkamp, Martin		X	
Dr. Schenk, Wolfgang	X		
Schenke, Uwe		X	
Schweßinger, Stefan	X		
Dr. Sinn, Volker		X	
Stein, Regina	X		
Straßburg, Günter	X		
Suck, Dieter	X		
Tikwe, Herbert			X
Tikwe, Torsten	X		
Voß, Jörg		X	
Werner, Inge			X
Winter, Christiane	X		
Wolf, Katja		X	
Ergebnis	16	12	7

Beschluss-Nr.: 0531/2007

**Nr. 8 der TO: Sportbad Eisenach GmbH (SEG)
hier: Zustimmung zur Festsetzung privatrechtlicher Entgelte für
die Nutzung des Frei- und Hallenbades des „aquaplex“**

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Das **Stadratsmitglied, Herr Bauer**, erklärt, dass die Preise in den Ausschüssen abgestimmt wurden. Des Weiteren spricht er die Entgelte für die Benutzung eines Mehrzweckbeckens durch entsprechende Gruppen an. Dazu bittet er um entsprechende Erläuterungen im Stadtrat oder im zuständigen Ausschuss.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass im Aufsichtsrat auch diese Problematik besprochen wurde und man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine separate Nutzung des Lehrschwimmbeckens, welches grundsätzlich kein Therapiebecken ist, nicht möglich ist. Es bedarf einer gesonderten Vereinbarung mit der aquaplex-Leitung,

wenn man dieses Becken nutzen möchte. In diesem Zusammenhang weist Frau Lieske darauf hin, dass es natürlich Finanzierungsmöglichkeiten über die Krankenkassen gibt bei Selbsthilfegruppen. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, macht deutlich, dass sie Herrn Bauer bereits am Telefon empfohlen hat, sich mit Herrn Schöntier in Verbindung zu setzen, um dort eine mögliche Regelung herbeiführen zu können. Zum Abschluss weist Frau Lieske darauf hin, dass es um die grundsätzlichen Entgelte geht, die gezahlt werden müssen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der durch die Geschäftsführung der Sportbad Eisenach GmbH vorgelegten Preisstruktur für das Freizeit- und Sportbad sowie die überarbeitete Preisstruktur für das Freibad wird zugestimmt (Anlage 1). Die neue Preisstruktur für das Freibad gilt ab der Freibadsaison 2008.

Abstimmung: **30 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0532/2007

Nr. 9 der TO: **Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld und Sachwerte im Gebiet der Stadt Eisenach (Spielapparatesteuersatzung)**
 hier: Beratung und Beschlussfassung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert**, bittet um Erläuterung der Austauschblätter.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass beim § 4 Absatz 1 der letzte Satz ergänzt wurde.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Eisenach (Spielapparatesteuersatzung).

Abstimmung: **33 Stimmen dafür**
 1 Stimme dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0533/2007

**Nr. 10 der TO: Überplanmäßige Ausgaben im Unterabschnitt 48300 –
Erziehungsgeld DK 083 in Höhe von 111.890,00 €**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die überplanmäßige Ausgabe im Unterabschnitt 48300 – Erziehungsgeld DK 083 in Höhe von 111.890,00 €.

Die Deckung erfolgt durch die Einnahmen in der Haushaltsstelle 48300.17100 – Landeszuweisung Erziehungsgeld.

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0534/2007

**Nr. 11 der TO: 3. Grundschule „Georgenschule“, Markt 13 –
Fassadensanierung Nord- und Westseite
hier: Beschlussfassung über eine überplanmäßige Ausgabe in
der Haushaltsstelle 21100.94003 Sanierungsmaßnahme,
Georgenschule, Markt 13 in Höhe von 152.000,00 €**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Für die Sanierung der Westfassade an der Georgenschule, Markt 13 in Eisenach eine überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 21100.94003, Sanierungsmaßnahme, Georgenschule, über 152.000,00 € vorbehaltlich der Bewilligung der zusätzlichen Fördermittel.

Die Deckung zur Finanzierung der Mehrausgabe über 152.000,00 € in der Haushaltsstelle 21100.94003 erfolgt über die Minderausgabe in Höhe von 14.441,53 € in der Haushaltsstelle 24000.94010, Berufsschulzentrum und der Mehreinnahme in Höhe von 34.198,47 € in der Haushaltsstelle 20010.36100, Investitionspauschale sowie der Mehreinnahme über 103.360,00 € in der Haushaltsstelle 21100.36103, Landeszuweisung Städtebau, Georgenschule.

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0535/2007

**Nr. 12 der TO: Förderzentrum „Pestalozzischule“, Ziegeleistraße 53
hier: Beschlussfassung über eine überplanmäßige Ausgabe
i.H.v. 119.416,47€ in der Haushaltsstelle 27000.94001
Sanierungsmaßnahme, Förderschule, Ziegelei-straße 53**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Für den erforderlichen Einbau von Fenstern (87.416,47 €), die Abdichtung der Kelleraußenwand (12.000,00 €) sowie für die Sanierung der Entwässerung im Bereich der Außenanlagen (20.000,00 €) am Schulgebäude der Pestalozzischule, Ziegeleistraße 53 in Eisenach eine überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 27000.94001, Sanierungsmaßnahme Förderschule, über 119.416,47 €.

Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt über die Minderausgabe in der Haushaltsstelle 24000.94010 – Berufsschulzentrum in gleicher Höhe.

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0536/2007

**Nr. 13 der TO: Vergabe eines Straßennamens in der Gemarkung Eisenach,
Flur 10, für das Flurstück 656/21**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus gibt dem Stadtrat keine Empfehlung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den Straßennamen „Am Sportpark“ mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert**, ist überrascht. Er macht deutlich, dass nach der Diskussion im vergangenen Jahr, gerade im Stadtentwicklungsausschuss, als der SPD-Antrag für Straßennamen ein Reglement zu erarbeiten, behandelt wurde, man sich zumindest auf eines einigte, dass man angesichts der vielen Benennungen von „An“ und „Am“ usw. sowohl in den Ortsteilen, wie in der Stadt selbst, davon Abstand nehmen sollte, weitere Namensvorschläge von Straßen und Wegen zu machen, die mit „An“ und „Am“ beginnen. Herr Köckert hebt hervor, dass gerade auch der jetzige Oberbürgermeister in dieser Frage sehr stringent argumentiert hat. Des Weiteren fragt sich Herr Köckert, warum die Verwaltung nicht einen eigenen Vorschlag einbringt, sondern der Sache ihren freien Lauf überlässt. Als zweites stellt sich Herr Köckert die Frage, warum der Haupt- und Finanzausschuss, welcher die Festlegungen aus dem Ausschuss kennt, einen solchen Beschluss fasst. Ihm ist es ein Rätsel, wie es dazu kommen konnte. Für Herrn Köckert stellt sich die Frage, ob man wirklich so einfalllos ist. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass das Aquaplex alleine diese Straße noch nicht zum Sportpark macht. Aus seiner Sicht könnte man nochmals darüber nachdenken, wenn das Wartburgstadion schon fertig wäre. Herr Köckert fordert den Oberbürgermeister auf, doch seinen Vorschlag mal zu nennen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, gibt Herrn Köckert darin recht, dass das Ergebnis etwas phantasielos ist, aber auch der Aufruf in der Öffentlichkeit hat kein Ergebnis gebracht.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Rückverweisung in die zuständigen Ausschüsse.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, gibt Herrn Köckert auch recht. Des Weiteren stellt sie für ihre Fraktion den Antrag den Straßennamen „Am Michelsbach“ einfach weiter zu führen.

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich die Rückverweisung in die zuständigen Ausschüsse.

Nr. 14 der TO: Entwurf Regionalplan Südwestthüringen – Stellungnahme der Stadt Eisenach

Der Ortschaftsrat Hötzelroda empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Ortschaftsrat Wartha-Göringen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Ortschaftsrat Neuenhof-Hörschel empfiehlt dem Stadtrat einstimmig die Beschlussfassung.

Der Ortschaftsrat Neukirchen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Ortschaftsrat Stockhausen empfiehlt dem Stadtrat grundsätzlich die Beschlussfassung. Jedoch lehnt der Ortschaftsrat die neue Trasse Wutha zur neuen A4 – Großenlupnitz ab.

Der Ortschaftsrat Madelungen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, begründet die Beschlussvorlage.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, hält folgenden Redebeitrag:

„Zuerst ein Dankeschön an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die unsere Ergänzung zum Regionalplan Südwestthüringen aufgenommen und ergänzt haben. Ebenfalls ein Dank an die Mitglieder des Stadtrates, die mitgearbeitet haben. Wir als Fraktion und auch als Eisenacher SPD legen großen Wert auf den Erhalt und Schutz des kulturellen Erbes unserer Stadt. Ein Kulturgut ist ein schützens- und erhaltenswertes Artefakt von bedeutendem Wert und von diesen Kulturgütern hat Eisenach eben jede Menge zu bieten. Eisenach ist eine historisch gewachsene Gegend mit eigener landschaftlich kultureller Identität sowie gemeinsamer Tradition bereits seit dem Mittelalter. Zuerst

erwähnt die Wartburg als bedeutendste Burganlage Deutschlands – Unesco-Weltkulturerbe. Aber auch die zahlreichen Museen und Baudenkmäler, das Theater und der Sport müssen hier genannt werden. Mit den Planungsabsichten legt die Planungsgemeinschaft Südwestthüringen nicht nur die Grundzüge der Entwicklungen von Gemeinschaften, sondern auch eben die regional bedeutenden Standorte fest. Hier muss sich Eisenach deutlich von den anderen Städten und Gemeinden abzeichnen. Nicht nur damit, dass Eisenach Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums ist. Die Verbindung zwischen Natur und Kultur ist bereits vorhanden. Diese muss für den Touristen im Werbebereich noch sichtbarer dargestellt werden. Damit wir nicht nur die erfreulich vielen Wochenendbesucher, sondern auch die Gäste, die länger in Eisenach und seiner unmittelbaren Umgebung verweilen, haben. Dies ist ein Problem nicht nur für die zahlreichen Hoteliers innerhalb und außerhalb von Eisenach. Das Angebot von hochkarätigen Kulturveranstaltungen ist vorhanden, es muss besser vermarktet werden. Ein Beispiel sei mir gestattet. Der Aufbau einer Thüringer Lutherstraße beginnend in Möhra, fortgeführt in Schmalkalden, Eisenach, Erfurt usw. wäre ein weiteres Glied der Kooperationenverbindung mit dem inzwischen überregional bekannten und großen Zuspruch findenden Lutherfest. Es muss uns gelingen, Touristen, die leider oft nur zur Wartburg kommen, auch in die Stadt zu locken. Darüber hinaus richten wir unser Augenmerk verstärkt auf die Kur- und Sanatoriumpatienten unserer gesamten Südwestregion, um verstärkt zu kulturellen Veranstaltungen und Einrichtungen in Eisenach einzuladen. Dafür muss im Tourismus-Marketing-Bereich überregional geworben werden. In der Kulturpolitik vorrangig wichtig ist eine attraktive von Einheimischen und Touristen angenommene Breitenkultur. Sie muss mit seriösem Inhalt und Ziel wissenschaftlich korrekter Grundlage ansprechend, attraktiv und pädagogisch geschickt, also verständlich und gegebenenfalls populärwissenschaftlich, gestaltet sein. Solche Breitenkultur ist der leider zu oft nicht begangene Königsweg, der sich unterscheidet von abgehobenen Veranstaltungen, die nur einen geringen Prozentsatz von Bürgern ansprechen. Insgesamt gesehen können wir zu recht sagen, dass Eisenach ein regional bedeutsamer Tourismusstandort ist und wir alles dafür tun sollten, dass er das auch bleibt.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Der Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes Südwestthüringen zuzustimmen.**

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0537/2007

**Nr. 15 der TO: Ergänzungssatzung „Stöhrstraße“ – Beschluss über die
 Einleitung des Verfahrens**

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**Nr. 16 der TO: Abschnittsbildung nach § 7 Abs. 1 Thüringer
Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) für die Julius-Lippold-
Straße**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 1 Stimmenthaltung.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Abschnittsbildung nach § 7 Abs. 1 Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG)
für die Julius-Lippold-Straße.**

**Abstimmung: 25 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 9 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0538/2007

**Nr. 17 der TO: Betriebssatzung für den Regiebetrieb der Stadt Eisenach „Amt
für Tiefbau und Grünflächen“
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 18 der TO: Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes Stadtwerke Eisenach

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Der Stadtrat nimmt den Prüfbericht zum Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes
„Stadtwerke Eisenach „ und den Lagebericht der Werkleitung zustimmend zur
Kenntnis und beschließt:**

- 1. Die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005,**
- 2. den Vortrag des Jahresverlustes 2005 auf neue Rechnung,**
- 3. die Entlastung der Werkleitung.**

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 5 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0539007

Nr. 19 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 235/2007 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Änderung der Besteuerung von Einkünften Eisenacher Tagesmütter
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 236/2007 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: § 5 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Pflegeversicherungsgesetzes
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 237/2007 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Bebautes Gelände des Stadtbauhofes in Hötzelsroda
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 238/2007 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Kinderarmut in Eisenach
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 239/2007 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Auftragsvergabe an Unternehmen der Stadt Eisenach
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Die Anfragen der CDU-Stadtratsfraktion mit der Reg.-Nr. 240/2007, 241/2007 243/2007 wurden zurückgezogen.

Reg.-Nr. 242/2007 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Mitarbeit der Stadt Eisenach im Integrierten ländlichen Entwicklungskonzept Mittlere Werra-Region

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert**, fragt, ob der Oberbürgermeister mit ihm dahingehend übereinstimmen würde, dass ein Teil der Anfrage nicht beantwortet ist. Aus der Antwort geht nicht hervor, weshalb die Frage, ob die Stadt in diesem ILEK Programm mitarbeitet, nicht in den entsprechenden Ausschüsse besprochen wurde. Des Weiteren fragt Herr Köckert, ob der Oberbürgermeister noch eine Möglichkeit sehen würde, es im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus und im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss zu beraten. Nach Kenntnis von Herrn Köckert ist das Thema noch nicht abschließend erledigt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, bestätigt, dass dieses Thema in den beiden Ausschüssen offensichtlich nicht behandelt wurde. Des Weiteren verweist der Oberbürgermeister darauf, dass es bisher üblich war, nur Förderprogramme vorzustellen, wo die Verwaltung fachlich empfohlen hat, teilzunehmen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass es eine Vielzahl von Förderprogrammen gibt.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert**, ist begeistert, dass Gesprächsbereitschaft signalisiert wird.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, sagt zu, dass das Thema in den beiden Ausschüssen behandelt wird.

Reg.-Nr. 244/2007 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion

Thema: Anfrage zum Bezug zusätzlicher Leistungen für den Schuleinführung von ALG II-Beziehern

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, macht deutlich, dass die Antwort rechtlich korrekt ist. Des Weiteren fragt Herr Schenke, ob die Möglichkeit im Haushalt für das nächste Jahr besteht, zumindest für eine Schuleinführung wie in Chemnitz, Leipzig usw. wenigstens 20,- € pro Zuckertüte zu investieren.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, weist zum wiederholten Male darauf hin, dass die Stadt Eisenach dafür nicht zuständig ist. Die Anfrage wird an die ARGE gesandt und die Beantwortung erfolgt eins zu eins dann auf dem Briefkopf der Stadt Eisenach. Der Oberbürgermeister erklärt, dass, wenn Kommunen so etwas machen ein Deckungsvorschlag unterbreitet werden muss. Des Weiteren geht der Oberbürgermeister davon aus, dass es sich bei den genannten Kommunen um sogenannte Optionskommunen handelt. Die Stadt Eisenach aber hat die Rechte an die ARGE abgegeben und deshalb liegt auch dort die Zuständigkeit und auch die Entscheidung nach Gesetzeslage, so der Oberbürgermeister. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, sieht als einzige Möglichkeit einen Antrag der DIE LINKE.-Fraktion mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag aus dem Haushalt.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, weist Herrn Schenke darauf hin, dass er immer pauschale Behauptungen aufstellt. Sie fordert ihn auf, sich mal über die Initiativen innerhalb der Stadt Eisenach zu informieren. Nach Aussage von Frau Lieske sind die Initiativen, die die Stadt in die Wege geleitet hat, da viel viel weitreichender.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, sagt dies zu.

Reg.-Nr. 245/2007 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion

Thema: Anfrage zur Unterkunfts- und Heizungskostenrichtlinie bzgl. Anspruch auf Wohnraum für Kinder unter 3 Jahren

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, fragt, ob dies noch in diesem Jahr vorgelegt wird.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, geht davon aus.

Ende der öffentlichen Sitzung um 18:00 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

gez. Meyer
Vorsitzender
des Stadtrates

f.d.R.d.P.: gez. Steffan
Schriftführer